

Über Politische Skandale und Skandal-Journalismus

Tagung der Altstipendiaten im Medienbereich

Was ist der Skandal: Dass eine Staatsanwaltschaft in Dresden monatelang nicht handelt, plötzlich Jugendliche verhaftet, diese dann aber sofort wieder freilassen muss? Oder, dass die Bild-Zeitung eine ganze Stadt zu Gesinnungsgenossen von Neo-Nazis macht? – Der Fall des kleinen Joseph in Sebnitz ist ein Musterbeispiel sowohl dafür, wie staatsanwaltliche Ermittlungen schiefgehen können, aber auch dafür, wie der Herdtrieb im Journalismus funktioniert. Da schreibt der eine schnell vom anderen ab, für die eigene Recherche bleibt kaum Zeit – und am Ende steht ein Medien-GAU: „Der Fall Sebnitz ist nicht nur eine Blamage für Bild. Er ist eine Selbstoffenbarung deutscher Medienmacher“, meinte denn auch Professor Michael Haller von der Universität Leipzig, einer der Hauptreferenten bei der diesjährigen Tagung der Altstipendiaten im Medienbereich. Hallers Antwort nach dem Fall

Sebnitz: In Deutschland muss wieder besser recherchiert werden; Journalisten dürften nicht blind in eine Richtung laufen, sondern müssen ihre eigene These immer wieder kritisch hinterfragen.

Doch was ist, wenn ein Thema trotz guter Recherche nicht so richtig zum Thema in der Öffentlichkeit wird? Nach Ansicht von Guido Heinen (*Die Welt*) und von Wolfgang Stock (*Focus*) ist das so im Fall der SPD-Finanzaffäre. Ihre Recherche über Presseorgane und Unternehmen im Umfeld der SPD werde von vielen Kollegen kritisch gesehen, als eine Art Revanche von Seiten der CDU. Da helfe es einem auch nicht, wenn man zuvor in der CDU-Spendenaffäre genauso kritisch gewesen sei, so Heinen. Investigativer Journalismus sei sehr stark mit der Haltung der 68er Generation verbunden; manche Themen würden aber nicht in das politische Bild der Alt-68er passen. Selbst als ein Gutachten des Münchner Juristen

Badura der SPD wegen ihres unternehmerischen Engagements Verfassungsbruch vorwarf, seien nur wenige Medien auf das Thema eingestiegen.

Als weiteren Grund für die Skandalträchtigkeit eines Themas sehen Heinen und Stock die Frage, ob ein Skandal personalisiert werden kann. Wenn man – wie im Fall der CDU – auf eine bekannte Persönlichkeit hinweisen könne, sei dies einfacher, als wenn es um komplizierte Strukturen und um wenig bekannte (oder schon verstorbene) Personen gehe wie im Fall der SPD-Finzenzen.

Doch immerhin: In Amerika ist vieles besser, so das Fazit von Susanne Fengler vom Journalisten-Kolleg der FU Berlin. Nach ihren Beobachtungen wird nicht nur der investigative Journalismus, sondern auch die Medienkritik in den USA größer geschrieben als hierzulande; das gelte sogar für das Fernsehen.

Hans-Joachim Vieweger

Hoffen auf den „Post-Nizza-Prozess“

Europapolitik Thema in Bayreuth

Wenn es bei dem Vertrag von Nizza bleibt, dann wird die EU mit 27 Mitgliedern künftig weniger funktionsfähig sein als heute.“ Das befürchtet der Europaabgeordnete Joachim Wuermeling. Der CSU-Politiker war Gastreferent des jüngsten gemeinsamen Treffens der oberfränkischen Altstipendiaten und der Bayreuther Hochschulgruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Die Europäische Union nach dem Gipfel von Nizza“.

Wuermeling, selbst ehemaliger Bayreuther Stipendiat, zeigte sich insgesamt enttäuscht von dem Gipfeltreffen der 15 EU-Staats- und Regierungschefs vom Dezember letzten Jahres. Besonders kritisierte er das kompliziertere System der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, die notwendige Einstimmigkeit zum Beispiel in Fragen der Handelspolitik sowie die Größe der

EU-Kommission. Ein Erfolg für die Union sei allerdings die Bereitschaft, den Umfang der EU-Kompetenzen zu überprüfen.

Die ansonsten geringen Fortschritte haben den Europapolitiker indes nicht überrascht. „Die Geschichte der EU zeigt, dass sich die europäische Einigung immer nur in kleinen Schritten vollzieht“, stellte Wuermeling fest. Je weiter die Integration vorangeschritten sei, um so schwieriger sei es, sie zu vertiefen und auf weitere Bereiche zu erstrecken. Außerdem seien größere Fortschritte in der Vergangenheit stets mit einem bestimmten Projekt, etwa dem Binnenmarkt, verbunden gewesen. Ein solches konkretes Vorhaben jenseits der Osterweiterung habe jedoch in Nizza gefehlt.

Angesichts der unbefriedigenden Bilanz des fünf-tägigen Gipfels hofft der CSU-Parlamentarier, dass die ungelösten Pro-

bleme in dem angekündigten „Post-Nizza-Prozess“ gelöst werden können. Ziel sei für CDU und CSU die Erarbeitung eines Verfassungsvertrags. Die noch offenen Fragen dürften aber nicht allein einer erst für das Jahr 2004 geplanten Regierungskonferenz von Diplomaten überlassen bleiben. Vielmehr müsse dieser Prozess vor allem durch einen so genannten Konvent gestaltet werden, an dem Abgeordnete des Europaparlaments und der nationalen Parlamente sowie Regierungsvertreter zu beteiligen seien.

Die Diskussionsbeiträge der Stipendiaten beschäftigten sich insbesondere mit der Osterweiterung und der künftigen Aufnahmepolitik der EU. Daneben wurde die Gemeinsame Sicherheitspolitik ebenso angesprochen wie das System der Wahlen zum Europaparlament.

Dietmar Boerner